

Peinliche Kommunikations-Panne im Landratsamt

Kreisbehörde verschläft den Nazi-Aufmarsch

PROTEST Gute Nacht, Landratsamt: Wegen interner Abstimmungsprobleme veranstalteten die Rechtsextremen eine Demo, ohne dass die Behörde davon wusste.

VON HUBERT HEINZL

SCHWANDORF. Die Geschichte klingt unglaublich, aber sie ist wahr: Am Sonntag marschieren rund 60 Rechtsextreme durch die Schwandorfer Innenstadt, und bei der Landkreis-Behörde, wo die Demonstration angezeigt wurde, weiß niemand darüber Bescheid. Nur auf informellem Wege erfahren die Mitglieder des „Schwandorfer Bündnisses gegen Rechtsextremismus“ etwa eine Stunde vor Beginn von der Nazi-Demo und stellen noch kurzfristig eine Gegenkundgebung mit rund 50 Teilnehmern auf die Beine.

Die Teilnehmer sind sauer, dass sie nicht früher über den Aufgalopp der Rechtsextremen informiert wurden. „Hätten wir davon gewusst, hätten wir uns denen mit 300 Demonstranten entgegengestellt“, schimpfte Grünen-Kreisrätin Marion Juniec-Möller. Selbst die Polizei musste improvisieren, weil der Einsatzbefehl erst am Samstagabend erging. Bis Sonntag wurden noch eilig Unterstützungskräfte aus Amberg, Weiden und von der Bereitschaftspolizei aus Würzburg zusammengezogen. Rund 80 Polizisten hielten dann am Sonntag Neonazis und ihre Gegendemonstranten auseinander.

„Ein massiver Fehler im Haus“

Aber wie konnte es zu einer solchen Informationspanne kommen? Franz Pfeffer, Pressesprecher am Landratsamt Schwandorf, nannte am Montag einen „massiven Fehler im Haus“ als Ursache. Nach seinen Worten ging die heiße Info, dass der „Widerstand Schwandorf“ am Sonntag eine Kundgebung plane, in den Kommunikationskanälen der Kreisbehörde schlicht verschütt.

„Eine solche Demonstration muss nur angezeigt, aber nicht genehmigt werden“, erklärt der Pressesprecher. Diese Anzeige der Neonazis, dass am Sonntag ab 14 Uhr eine Demonstration geplant sei, ging auch wirklich beim Landratsamt ein, rekonstruierten am Montag Behördenmitarbeiter. Die geplante Streckenführung war benannt, die Teilnehmerzahl und auch die „Demonstrationsmittel“, also Transparente und dergleichen.

Um 9.37 Uhr eine E-Mail im PC

Um 9.37 Uhr am Freitag sei die E-Mail im PC des stellvertretenden Sachbearbeiters in der Abteilung für Sicherheit und Ordnung eingegangen, so Pfeffer. Das Dumme nur – der Mitarbeiter hatte an diesem Tag Urlaub. Auch die Poststelle des Landratsamts habe die E-Mail bekommen – und wieder an den fraglichen Mitarbeiter weitergeleitet. Die Folge: Die Information von der Neonazi-Demo verschwand übers Wochenende auf

einem Rechner im Landratsamt wie in einem schwarzen Loch.

Das Kooperationsgespräch, wie es zwischen Veranstalter, Behörde und Vertretern der Polizei im Vorfeld von Demonstrationen üblich ist, fand deshalb diesmal ohne Beteiligung des Landratsamts statt. Laut Pressesprecher Michael Rebele vom Polizeipräsidium Regensburg hatten die Ordnungshüter vor dem Wochenende „Kenntnis von einem geplanten Zusammentreffen“ von Neonazis in Schwandorf bekommen. Am Samstagabend verdichteten sich die Hinweise, dass die Rechtsextremen eine größere Aktion planten. Am Sonntagmittag kam auf Betreiben der Polizei ein Gespräch mit den Rechtsauslegern zustande, um deren Aufmarsch in geordnete Bahnen zu lenken. Dabei wurden auch Auflagen gemacht.

Nur die Polizei machte Auflagen

Ursprünglich hatten die Neonazis laut Rebele eine Demonstration von 14 bis 18 Uhr angezeigt – dieser Zeitraum wurde jedoch auf zwei Stunden beschränkt. Ursprünglich sollte die Hauptkundgebung am Oberen Marktplatz stattfinden, doch die Polizei lenkte die Rechtsextremen auf die (gesperrte) Einfahrt an der Beer-Kreuzung um. Noch kurz nach der Ankunft der Neonazis am Schwandorfer Bahnhof gab es letzte klärende Gespräche der Einsatzleitung der Polizei mit dem Veranstalter.

„Es erging der klare Auftrag an die Geschäftsstelle, dafür Sorge zu tragen, dass sich ein derartiger Vorgang nicht wiederholt.“

PRESSESPRECHER FRANZ PFEFFER VOM LANDRATSAMT SCHWANDORF

Mit Kritik am Landratsamt hält sich das Polizeipräsidium dezent zurück. Sprecher Rebele beschränkt sich auf den Hinweis, dass der Zeitdruck in der Einsatzplanung zu „vielen Unwägbarkeiten“ geführt habe. Polizeibeamte vor Ort brachten am Sonntag dagegen ganz unverblümt ihr Unverständnis zum Ausdruck.

Im Landratsamt soll die mehr als peinliche Panne nach den Worten von Sprecher Franz Pfeffer jedenfalls „Konsequenzen“ haben. „Es erging der klare Auftrag an die Geschäftsstelle, dafür Sorge zu tragen, dass sich ein derartiger Vorgang nicht wiederholt“, so der Pressesprecher. Dabei soll es allerdings vor interne Abläufe gehen, nicht um die grundlegende Haltung im Umgang mit Demonstrationen von Rechtsextremen.

Kundgebungen wie die vom Sonntag zu verbieten, hält man im Landratsamt nach wie vor nicht für einen Erfolg versprechenden Weg. Ein derartiges Verbot, sagt dessen Pressesprecher, würde vom Verwaltungsgericht umgehend wieder kassiert, solange solche Parteien oder Gruppierungen nicht verboten seien. Pfeffer: „Und den Triumph gönnen wir ihnen nicht, dass sie sich das, was sie wollen, auf juristischem Wege holen.“



Das Schwandorfer Bündnis gegen Rechtsextremismus (oben) organisierte in kurzer Zeit eine Gegendemo zum Neonazi-Aufmarsch. Fotos: Heinzl

Gesetzgeber gefordert

ERKLÄRUNG In einem persönlichen Statement zum Auftakt der Kreistagssitzung hat Landrat Volker Liedtke die Panne vor der Neonazi-Demo eingeräumt.

LANDKREIS. „Das ist ein Fehler, den ich nicht entschuldigen kann und auch nicht beschönigen möchte. Entsprechende Schritte, um eine Wiederholung zu verhindern, haben wir bereits heute getan“, sagte der Landrat am Montag in der Kreistagssitzung in einer vom Blatt gelesenen persönlichen Erklärung. Die Darstellung von Pressesprecher Franz Pfeffer, wie es zu der Kommunikationspanne hatte kommen können, bestätigte er dabei ausdrücklich.

Auch ohne diesen Fehler hätte die Kundgebung jedoch „höchstwahrscheinlich stattgefunden“, so der Landrat. Aufmärsche und Kundgebung bedürften keiner Genehmigung, sie müssten lediglich angezeigt werden. Dies sei korrekt in der 48-Stunden-Frist erfolgt.

Liedtke: „Unsere Demokratie schützt die Versammlungsfreiheit als hohes Gut. Wenn dieses Recht missbraucht wird, muss aber nicht die Verwaltung, sondern muss der Gesetzgeber handeln. Gerade im Licht der jüngsten Verbrechenserie, als Landrat in einem Landkreis, der immer wieder von Provokationen der Rechten heimgesucht wird und der Schaulplatz eines schrecklichen Verbrechens eines Neonazis war, fordere ich den Gesetzgeber auf, mit allen Mitteln gegen Parteien und Gliederungen der rechten Szene vorzugehen.“

In der anschließenden Diskussion räumte Liedtke einem Demo-Verbot durch das Landratsamt kaum Erfolgsaussichten ein. „Ob das der richtige Weg ist, weiß ich nicht. Denn es hieße nur, die Verantwortung an eine andere Stelle abzuschieben“, so der Landrat. (hh)

DIE DEBATTE

► **CSU-Fraktionsvorsitzender Alexander Flierl** sah „gewichtige Gründe“, die ein Verbot der Neonazi-Demo gerechtfertigt hätten. Der Landkreis, sagte er, hätte „ein Zeichen setzen und den Weg über eine gerichtliche Entscheidung gehen“ sollen.

► **Auch Marion Juniec-Möller (Grüne)** sah im Verbot von rechtsradikalen Aufmärschen durch das Landratsamt ein wichtiges Signal, auch unabhängig von den Erfolgsaussichten. Sollten derartige Kundgebungen dennoch stattfinden, müssten die Auflagen härter sein. Die Grünen-Kreisrätin: „Ich habe schon den Eindruck, vonseiten des Landratsamts geht man ein bisschen lax mit den Nazis um.“

► **Für die SPD erinnerte Kreisrat Franz Schindler** an die hohen rechtlichen Hürden für ein Demonstrationsverbot. Die Versammlung einer nicht verbotenen Organisation zu verhindern, sei „nicht so einfach“, sagte er und forderte in diesem Zusammenhang ein schnellstmögliches Verbot der NPD und ein „Abschalten“ der V-Männer des Verfassungsschutzes. Die Schwandorfer rief Schindler dazu auf, den Kampf weiter zu führen, und zwar „nicht mit rechtlichen Mitteln, sondern auf der Straße“.

► **Ähnlich argumentierte FW-Kreisrat Joachim Hanisch.** „Der Kampf gegen Rechts“, sagte er, „ist ein Kampf, den wir alle gemeinsam führen müssen.“